

Demographische Entwicklung in Rheinland-Pfalz

Die amtliche Statistik ist kein Selbstzweck. Vielmehr stellt sie Informationen zur Verfügung, die es der Politik ermöglichen, verantwortliche Aussagen für uns, für unsere Kinder und Kindeskiner zu formulieren und umzusetzen. Vor diesem Hintergrund hat das Statistische Landesamt in einer Studie mit dem Titel „Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen“ verschiedene Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung und -struktur in den nächsten Jahrzehnten veröffentlicht. Diesen ersten Teil eines Werkes, dem zwei weitere Bände folgen sollen, haben Innenminister Walter Zuber und der Präsident des Statistischen Landesamtes, Klaus Maxeiner, kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Folgebände werden sich mit den unmittelbaren Auswirkungen der demographischen Entwicklung, auch auf regionaler Ebene, (Band II) und den mittelbaren Auswirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft (Band III) beschäftigen.

Zu den Parametern Geburtenrate, Lebenserwartung und Zuwanderungssaldo werden in der Studie Annahmen getroffen, auf deren Basis die Entwicklung der Bevölkerungszahl und der Altersaufbau bis zum Jahr 2050 errechnet werden. Die Modellrechnungen sind dabei bis auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte heruntergebrochen. Rheinland-Pfalz legt damit als erstes Bundesland ein regionalisiertes System mit zehn Basisvarianten für die demographische Entwicklung seiner Bevölkerung vor.

Methode

Die Modellrechnungen der Studie zeigen, wie sich die Bevölkerung unter verschiedenen Annahmen zu den Einflussgrößen, Geburten, Sterbefälle und Wanderungen entwickelt. Insgesamt werden in der Studie zehn verschiedene Basisvarianten aufgezeigt.

Der ersten so genannten „Ausgangsvariante“ liegen folgende, wenig spektakuläre Annahmen zugrunde:

- Die Geburtenrate bleibt mit 1,4 Kindern je Frau konstant.
- Die Lebenserwartung nimmt um etwa zwei Jahre zu.
- Entsprechend der Annäherung von Zu- und Fortzügen über die Landesgrenze in den zurückliegenden Jahren und dem europaweiten Bevölkerungsrückgang sinkt der Wanderungsüberschuss kontinuierlich bis 2016 auf null. Danach wird ein ausgeglichener Wanderungssaldo unterstellt.

Die weiteren neun Basisvarianten gehen von alternativen Annahmen aus. Bei den Alternativen zur Geburtenrate reicht die Bandbreite der Annahmen von 1,2 bis 2,1 Kinder je Frau. Hinsichtlich der Lebensdauer wurden Modellrechnungen mit einer unveränderten Lebenserwartung und einer Zunahme der Lebenserwartung um vier bzw. sechs Jahre durchgeführt. Die Auswirkungen der Wanderungen auf Bevölkerungszahl und -struktur werden alternativ anhand langfristig positiver (+5 000, +10 000) bzw. negativer Verläufe (–5 000) des Wanderungssaldos dargestellt.

Ziel der Untersuchung ist es zu zeigen, welche Entwicklungen sich unter diesen zehn verschiedenen Annahmenbündeln ergeben.

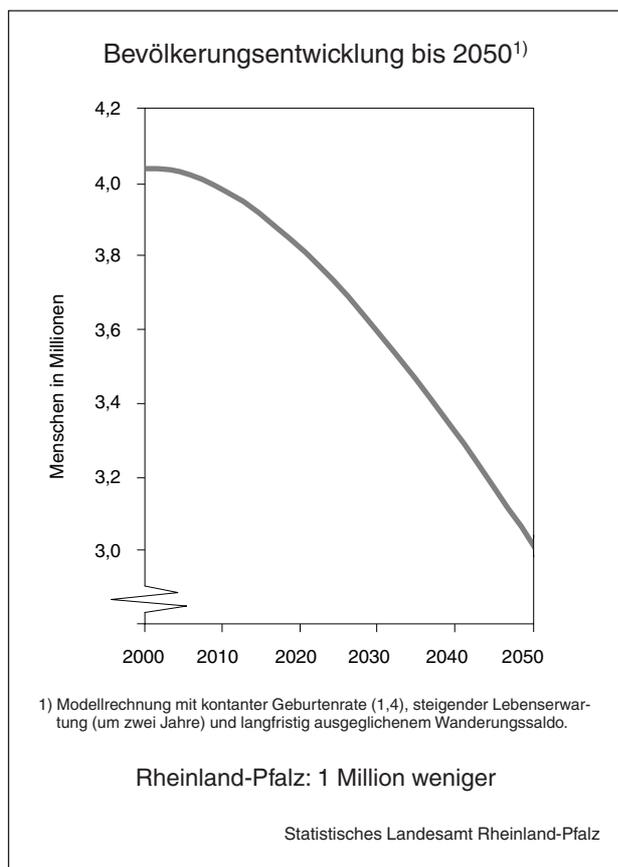
Die Ergebnisse der Untersuchungen sind grundsätzlich nicht als „Prognosen“ zu verstehen, sondern als „Modellrechnungen“ angelegt, die bestimmte Szenarien, so genannte „Wenn-Dann-Aussagen“ (bei alternativen Annahmen) enthalten. Beispiel: Wenn die Geburtenrate in den nächsten Jahrzehnten konstant bleibt, dann wird sich die Zahl der Kindergartenkinder in der einen oder anderen Stadt fast halbieren (so z. B. in: Neustadt, Trier, Landau).

Natürlich gibt es eine Vielzahl weiterer Variations- und Kombinationsmöglichkeiten bei der Festlegung der Annahmen.

Um zu allen denkbaren weiteren Varianten Bevölkerungsszenarien ermitteln zu können, wird das Statistische Landesamt eine so genannte „Wenn-Dann-Maschine“ entwickeln, die bei unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Ansätzen, durch entsprechendes Einrichten der „Stellschrauben“ Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo, die jeweilige Bevölkerungsentwicklung aufzeigt.

Bevölkerungsentwicklung

Projektionen der Vereinten Nationen zeigen, dass die Weltbevölkerung in den nächsten 50 Jahren kontinuierlich weiter anwachsen wird. Die Weltbevölkerung liegt heute bei über 6 Mrd. Menschen. Bei Konstanz der heutigen Fruchtbarkeitsziffern würde sie sich in den nächsten 50 Jahren erneut mehr als verdoppeln (auf 13 Mrd. ansteigen). Selbst bei unterstellten Rückgängen der Geburtenrate ist eine Weltbevölkerung von 9 bis 10 Mrd. zu erwarten. Wie weltweit, so war auch in den letzten



200 Jahren im Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz ein permanenter Anstieg der Bevölkerungszahlen zu verzeichnen. Im Landesgebiet Rheinland-Pfalz von 1,2 Mill. um 1800 auf über 4 Mill. heute (1900: 2,4 Mill., 1950: 3 Mill.).

Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes für Deutschland zeigen, dass in den Folgejahren selbst unter rundum optimistischen Annahmen eine permanente Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen sein wird.

Legt man der Modellrechnung für Rheinland-Pfalz zunächst die Annahmen der beschriebenen Ausgangsvariante zugrunde zeigt sich, dass die Bevölkerung von derzeit über 4 Mill. auf 3 Mill. bis 2050 c. p. schrumpfen würde.

Unter den Annahmen der Ausgangsvariante würden die kreisfreien Städte und Landkreise zwischen der geringsten Abnahme im Landkreis Alzey-Worms (-15%) und der größten Abnahme in Pirmasens (-42%) schwanken (Durchschnitt -25%).

Bevölkerung nach Alter und Geschlecht

Die Darstellung der Bevölkerung nach Alter und Geschlecht als Balkendiagramm führte in der Vergangenheit zu dem klassischen Bild der Bevölkerungspyramide, wie sie für das Jahr 1900 übertragen auf das heutige Landesgebiet abgebildet ist. Diese Bevölkerungspyramide wurde dann aber bis zum Jahr 2000 zu einem Baum. Hier wird der Geburtenausfall der Weltkriege, der Babyboom mit aufkommendem Wirtschaftswunder, schließlich der Pillenknicke überdeutlich und

damit auch die Anzahl der potenziellen Mütter erkennbar. Dieser Baum schrumpft schon sehr deutlich, wenn man nur 50 Jahre weiter geht. Ein extremes Bild ergäbe sich in 100 Jahren.

Jede Geburtenrate unter zwei führt langfristig zu einer aussterbenden Bevölkerung. Die Geburtenrate in Rheinland-Pfalz liegt bei 1,4.

Wanderungen/Wanderungssaldo

Wegen des allgemeinen Bevölkerungsrückgangs in Deutschland und in Europa wurde in der Ausgangsvariante der Modellrechnungen für Rheinland-Pfalz langfristig erst einmal eine ausgeglichene Wanderungsbilanz unterstellt. Bei den weiteren Basisvarianten sind dann positive und negative Wanderungssalden berücksichtigt.

Die in Diskussion stehende Einwanderungspolitik lädt zum Mitdenken ein und zur Entwicklung verschiedener Wanderungsmodelle. Jedes Land, jede Kommune kann daher ihre Wanderungserwartungen und Integrationskraft einbringen. (Derzeitiger Ausländeranteil: Koblenz knapp 10%, Mainz fast 20%, Frankfurt beinahe jeder Vierte). Daneben wird jedes Bundesland, jede Stadt die eigenen Intentionen und Erwartungen zu „Binnenwanderungsgewinnen“ in die Waagschale werfen. Die Modellrechnung in der Ausgangsvariante verhält sich hier neutral mit der Annahme, dass sich Binnenwanderungsgewinne und -verluste die Waage halten.

Altersgruppen im Land sowie in kreisfreien Städten und Landkreisen

Wenn man einen Blick auf die Veränderungen der wichtigsten Altersgruppen in den Jahren 2000 bis 2050 wirft, dann zeigt sich ein bedeutender Unterschied zwischen der Entwicklung der über 60-Jährigen, deren Anzahl bis zum Jahr 2030 permanent ansteigt („Altenberg-Gipfel“; von da an geht allerdings c. p. auch deren Anzahl zurück) und den jüngeren Bevölkerungsgruppen, also den 20- bis 60-Jährigen und den unter 20-Jährigen, die schon ab dem Jahr 2000 einen stetigen Bevölkerungsrückgang verzeichnen. Mit anderen Worten, immer weniger Erwerbsfähige müssen immer mehr Nichterwerbstätige ernähren. Das wird sehr deutlich, wenn man die über 60-Jährigen auf jeweils 100 Personen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren bezieht. Dieser so genannte „Altenquotient“ liegt heute bei etwa 45 und wird sich bis zum Jahr 2050 (mit einem Wert von ca. 70) um 60% erhöhen (siehe Abbildungen auf Seite 5).

Alle Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung betreffen die Kommunen stets unmittelbar und zuallererst. Der Bund oder das Land hat ja keine eigenen Bürger außer jenen, die in Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Bad Ems wohnen.

Die Frage ist nicht, ob es im Land insgesamt zuviel oder zuwenig Kindergartenplätze, zuviel oder zuwenig Schulen, zuviel Wohnungen, zuwenig Altenheime usw. gibt, sondern wie sich die jeweilige Bedarfslage konkret in Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier und Bad Ems entwickelt.

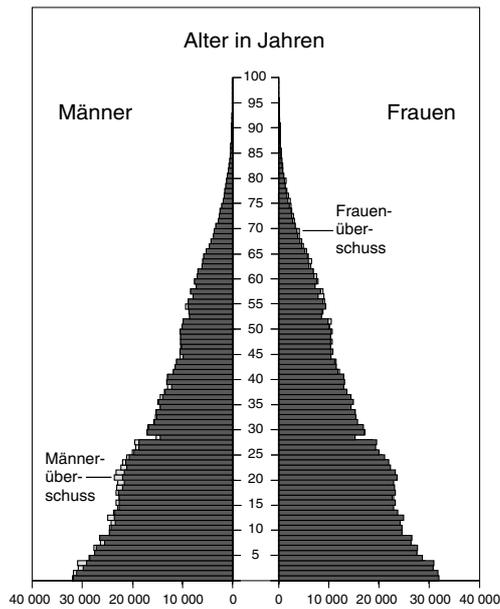
Entwicklung der Bevölkerung in den Kreisen
Veränderung der Gesamtbevölkerung 2000 bis 2050¹⁾



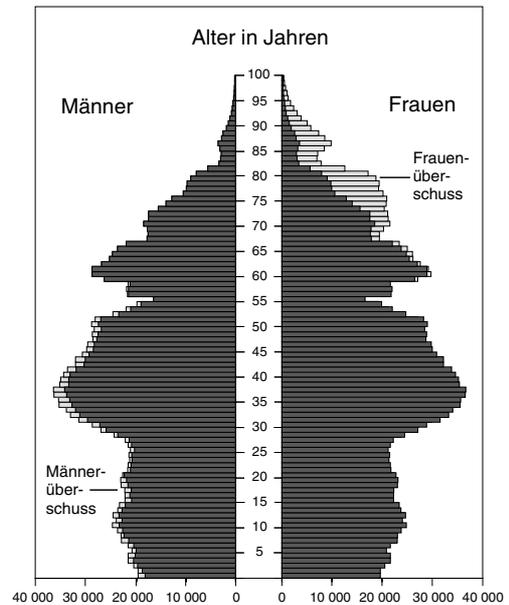
Größte Abnahme: Stadt Pirmasens (– 42%)
 Geringste Abnahme: Landkreis Alzey-Worms (– 15%)
 Landesdurchschnitt: – 25%

1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

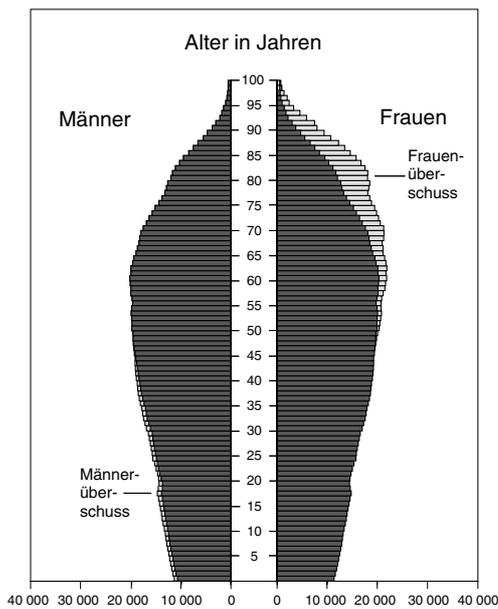
Bevölkerung in Rheinland-Pfalz 1900-2100 nach Alter und Geschlecht



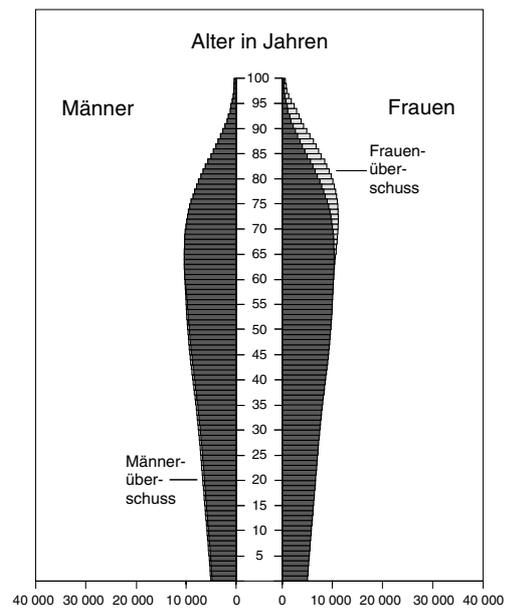
1900: 2,3 Millionen¹⁾
 Viele Jüngere – Wenig Ältere



2000: 4 Millionen
 „Pillenknick“ ab 1965 – Alternde Bevölkerung
 (Frauenüberschuss)



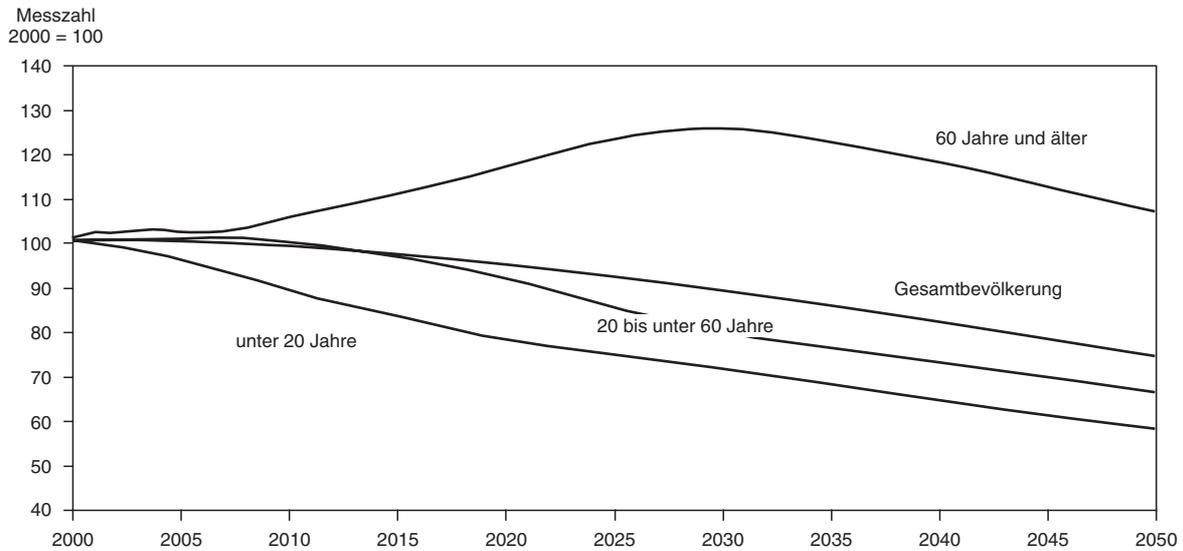
2050: 3 Millionen²⁾
 Weniger Junge – Viele Ältere



2100: 1,4 Millionen²⁾
 Wenig Junge – Wenig Ältere

1) Im heutigen Landesgebiet. – 2) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

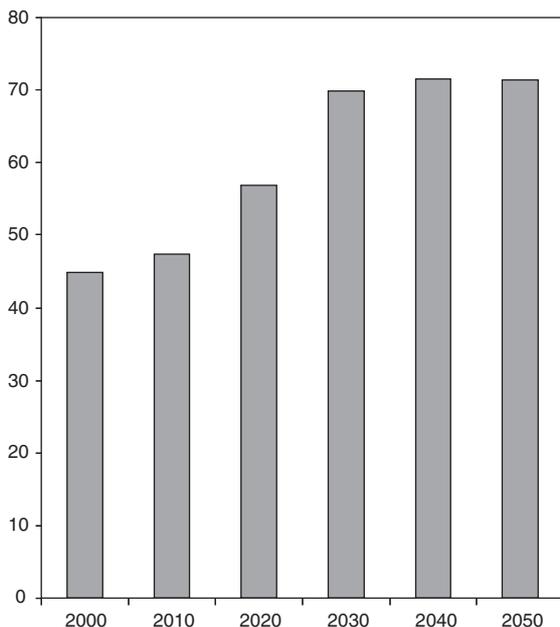
Modellrechnung der Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz 2000-2050 nach Altersgruppen¹⁾ Ohne Wanderungsüberschuss²⁾



1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo. – 2) Ab 2015.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Altersgruppen im Land Über 60-Jährige je 100 Erwerbsfähige zwischen 20 und 60 Jahren¹⁾



1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

Auf 100 Erwerbsfähige zwischen 20 und 60 Jahren kommen
– im Jahr 2000: 45
– im Jahr 2050: 71
ältere Menschen über 60 Jahre (Zunahme: 60%)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Für die Statistiker ist die Konsequenz daraus, dass vertieft an „regionalisierten“ Analysen gearbeitet wird mit dem Ziel, die Auswirkungen auf die kommunale Ebene aufzuzeigen.

Nachstehend werden die wichtigen Altersgruppen kurz beleuchtet:

1. Kindergartenkinder

Die Kindergartenbevölkerung trifft es logischerweise am ersten. Sie wird sich im Laufe der nächsten 50 Jahre c. p. in manchen Städten und Kreisen halbieren, im Durchschnitt um 43% abnehmen. Also, unter den in der Ausgangsvariante gesetzten Annahmen – einer etwa gleich bleibenden Fruchtbarkeitsziffer und einer ausgeglichenen Wanderungsbilanz –, würden dann anstelle der jetzt vorhandenen 125 000 Kindergartenkinder nur noch 72 000 einen Kindergartenplatz benötigen. In Neustadt z. B. statt 1 800 nur noch 900 oder statt 26 Kindergärten wären nur noch 13 in dieser Stadt erforderlich, wobei die politischen Fragen, welche Kindergärten geschlossen werden und/oder welche halb leer stehen, wie man mit den Fixkosten bzw. den Mobilitätsproblemen umgeht, dann jene Herausforderungen sind, die sich als wahrhaftig keine einfache Aufgabe den Kommunen stellen.

Unter den kreisfreien Städten und den Landkreisen gibt es beachtliche Unterschiede, von der größten Abnahme im Landkreis Südwestpfalz (–52%) bis zur geringsten Abnahme im Landkreis Neuwied (–34%); aber selbst hier wäre jeder dritte Kindergartenplatz frei!

2. Grundschüler

Die gleiche Problematik tritt mit einer kleinen zeitlichen Verzögerung bei den Grundschulern ein, wobei auch hier die Gesamtzahl von derzeit 180 000 auf

Entwicklung der Kindergartenkinder in den Kreisen

Veränderung der Zahl der Kinder im Kindergartenalter (3 bis 6 Jahre)
2000 bis 2050¹⁾



1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

100 000 sinkt. Um es zu übersetzen, was die Schulen anbetrifft, so gibt es derzeit 1 000 Grundschulen im Land, dann c. p. – gleiche Klassenstärke mit 22 Schülern unterstellt – wären nur noch 550 Grundschulen nötig.

3. Erwerbsfähige

Die Zahl derjenigen, die sich überwiegend am Erwerbsleben beteiligen und beteiligen können – dies sind gegenwärtig die 20- bis 60-Jährigen – wird sich in ca. zehn Jahren verstärkt und permanent nach unten bewegen; 2050 wird sie ein Drittel unter den derzeitigen Werten liegen. Geht man von den derzeit zur Erstellung des Bruttoinlandsprodukts erforderlichen Arbeitsplätzen (1,8 Mill.) aus, dann würde sich – ceteris paribus – ein Arbeitskräftemangel dem Grunde nach abzeichnen. Die dies betreffend schwierige Analyse muss natürlich differenziert vorgenommen werden; sie muss Annahmen setzen bezüglich der Produktivität, bezüglich der erwarteten Exportchancen sowie insbesondere bezüglich der abnehmenden Inlandsnachfrage und des geänderten Konsumverhaltens, z. B. der anderen Bedarfe älterer Menschen. Ein weites Feld.

Die regionalen Unterschiede der Einbußen des Arbeitspotentials liegen zwischen 44% (Stadt Pirmasens) und 24% (Landkreis Daun).

4. Ältere Menschen

Die Zahl älterer Menschen, die grundsätzlich für eine Betreuung, beispielsweise in Pflegeheimen, in Frage kommt, sei hier mit jenen, die über 75 Jahre alt sind, charakterisiert. Zu dieser Altersgruppe gehören heute

rund 300 000 Bürgerinnen und Bürger, abhängig von den gesetzten Annahmen ist ein Anstieg dieser Bevölkerungsgruppe bis zum Jahr 2050 um fast 50% zu erwarten.

Die regionale Schwankungsbreite wird bei den älteren Menschen am auffälligsten. Während sich ihre Zahl im Landkreis Germersheim mehr als verdoppelt, erwartet Zweibrücken nur eine Zunahme um knapp 10%, in dessen Pirmasens sogar mit einer Abnahme um über 10% rechnen kann.

Dies gilt – wie die vorstehend beschriebenen Entwicklungen – stets unter den in der Ausgangsvariante gesetzten Annahmen (Geburtenrate 1,4/Lebenserwartung +2 Jahre/Wanderungssaldo ausgeglichen), also ohne Berücksichtigung von politischen Aktivitäten mit erfolgreichem „Drehen“ an diesen drei entscheidenden „Stellschrauben“.

Basisvarianten auf einen Blick

Abhängig von den in der nachstehenden Übersicht zusammengestellten Annahmen zu Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderungssaldo werden sich unterschiedliche Bevölkerungsszenarien ergeben. Eine Bevölkerungsabnahme zwischen 3 und 30%, ein Erwerbsfähigen-Minus zwischen 14 und 40%, eine Altenzunahme zwischen 30 und 90%.

Die politische Bewertung, in welchem Maße es gelingen kann, die so genannten „Stellschrauben“ zu beeinflussen bzw. dazu, ob man diese überhaupt verändern sollte, wird sicher kontrovers diskutiert werden.

Basisvarianten der Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz

Modellvarianten	Bevölkerung ¹⁾		Kindergartenkinder ²⁾		Erwerbstätige (20 bis 60 Jahre) ³⁾		Ältere (über 75 Jahre) ⁴⁾	
	Veränderung bis 2050							
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Ausgangsvariante Konstante Geburtenrate (1,4) Steigende Lebenserwartung (um 2 Jahre) Ausgeglichener Wanderungssaldo (ab 2016)	- 1 018 000	- 25	- 53 000	- 43	- 722 000	- 33	+ 143 000	+ 46
Basisvarianten zur Geburtenrate⁵⁾								
Geburtenrate 1,2 ab 2004	- 1 237 000	- 31	- 68 000	- 54	- 833 000	- 38	+ 139 000	+ 45
Geburtenrate 1,8 ab 2004	- 535 000	- 13	- 17 000	- 14	- 490 000	- 22	+ 149 000	+ 49
Geburtenrate 2,1 ab 2004	- 133 000	- 3	+ 15 000	+ 12	- 305 000	- 14	+ 155 000	+ 50
Basisvarianten zur Lebenserwartung⁵⁾								
Lebenserwartung konstant	- 1 086 000	- 27	- 53 000	- 43	- 726 000	- 33	+ 92 000	+ 30
Lebenserwartung plus 4 Jahre	- 938 000	- 23	- 53 000	- 43	- 718 000	- 33	+ 205 000	+ 67
Lebenserwartung plus 6 Jahre	- 839 000	- 21	- 53 000	- 43	- 713 000	- 33	+ 286 000	+ 93
Basisvarianten zum Wanderungssaldo⁵⁾								
Wanderungssaldo plus 5 000	- 801 000	- 20	- 47 000	- 37	- 587 000	- 27	+ 151 000	+ 49
Wanderungssaldo plus 10 000	- 534 000	- 13	- 39 000	- 31	- 426 000	- 20	+ 164 000	+ 53
Wanderungssaldo minus 5 000	- 1 251 000	- 31	- 61 000	- 48	- 867 000	- 40	+ 134 000	+ 44

1) Bevölkerung 2000: 4 034 557. – 2) Kindergartenkinder 2000: 125 216. – 3) Erwerbsfähige 2000: 2 179 950. – 4) Ältere 2000: 306 655. – 5) Im Übrigen wie Ausgangsvariante.

Maximum: Bevölkerungsabnahme über 30% – Kindergartenkinder-Abnahme über 50%

Minimum: Bevölkerungsabnahme 3% – Kindergartenkinder-Zunahme 12%

Maximum: Erwerbsfähigen-Abnahme 40% – Altenzunahme über 90%

Minimum: Erwerbsfähigen-Abnahme 14% – Altenzunahme 30%

Entwicklung der Erwerbsfähigen in den Kreisen

Veränderung der Zahl der Erwerbsfähigen im Alter von 20 bis 60 Jahren
2000 bis 2050¹⁾



1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

Entwicklung der Älteren in den Kreisen

Veränderung der Zahl der Älteren (75 Jahre und älter)
2000 bis 2050¹⁾



Größte Zunahme: Landkreis Germersheim (+108%)
 Geringste Zunahme: Stadt Zweibrücken (+9%)
 Abnahme: Stadt Pirmasens (-13%)
 Landesdurchschnitt: +46%

1) Modellrechnung mit konstanter Geburtenrate (1,4), steigender Lebenserwartung (um zwei Jahre) und langfristig ausgeglichenem Wanderungssaldo.

Kernaussagen der Studie unter Aspekten der Landes- und Regionalplanung¹⁾

Nach den Kernaussagen der Veröffentlichung werden im Jahr 2050 in Rheinland-Pfalz voraussichtlich 1 Mill. weniger Menschen leben, in der Welt hingegen nach der ungünstigsten Variante 7 Mrd. mehr. Wir werden sehr viel weniger Junge und viel mehr Ältere in unserer Gesellschaft haben. Ein Großteil der Kindergartenplätze von heute bleibt in einem halben Jahrhundert leer. Die Zahl der Grundschüler nähert sich der Halbierung und in fünfzig Jahren stehen ein Drittel weniger Erwerbsfähige zur Verfügung. Nachdenklich stimmt, wie unterschiedlich sich in diesem Rahmen Kreise und Städte entwickeln werden.

Aus Sicht der Landes- und Regionalplanung sind ein paar Aspekte der Studie beispielhaft herauszustellen, die in den kommenden Jahren verstärkt Beachtung finden müssen. Die Veränderung der Alters- und Familienstruktur hat Auswirkungen auf die Haushalte und die damit einhergehende Siedlungstätigkeit. Der Wohnungsmarkt wird Leerstände verzeichnen und die Infrastruktur- und Dienstleistungseinrichtungen – also Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altenheime – erfahren Verschiebungen in der Auslastung, um nur drei Bereiche zu nennen.

Hauptbetroffene der steigenden kommunalen Konkurrenz um erwerbstätige Einwohner und Unternehmensansiedlungen werden voraussichtlich die Kernstädte in den verdichteten und hoch verdichteten Räumen sein. Die zurückgehende und alternde Bevölkerung wird die kommunale Konkurrenz um Einwohner und Unternehmensansiedlungen voraussichtlich weiter erhöhen.

Gemeinden im Umland von Kernstädten in den verdichteten und hoch verdichteten Räumen entwickeln sich zu attraktiven Wohn- und Arbeitsstandorten; sie bieten Wohnbauland und Gewerbegrundstücke mit guter Verkehrsanbindung. Dieser so genannte Postsuburbanisierungs-Prozess wird durch zunehmende Mobilität und Standortunabhängigkeit verstärkt. Eine weitere starke finanzielle Belastung der Kernstädte durch die Vorhaltung zentraler Einrichtungen ist zu erwarten. Gleichzeitig ist mit einem Rückgang kommunaler Steuereinnahmen zu rechnen. Die Beteiligung an der Einkommensteuer kann dies nur begrenzt kompensieren.

Wanderungsgewinne durch die Osterweiterung der EU und Regelungen eines Einwanderungsgesetzes, die sich zunächst in den Kernstädten konzentrieren, werden den Prozess von Alterung und Schrumpfung in den Kernstädten nur verzögern. Auch die Beitrittsstaaten sind den gleichen Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung ausgesetzt. Außerdem gleichen sich auch Zugewanderte den herrschenden Lebensformen an, so dass mit wachsendem Einkommen eingewanderte Familien ebenfalls die Umlandgemeinden als Wohnstandorte bevorzugen könnten. Die Lasten der Integration würden zunächst die Kernstädte tragen, die späteren

Einnahmen könnten die Gemeinden in den verdichteten Räumen und in den ländlichen Räumen mit Verdichtungsansätzen verbuchen. Umfang und Geschwindigkeit dieses Prozesses sind neben der Wirtschaftsentwicklung auch von der Preisgestaltung für die PKW-Nutzung abhängig.

In dünn besiedelten ländlichen Räumen zeichnet sich eine Gefährdung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser ...) ab.

Neben den Kernstädten werden voraussichtlich die dünn besiedelten ländlichen Räume im kommunalen Wettbewerb um Einwohner und Arbeitsplätze zusätzliche Schwierigkeiten haben. Zurückgehende Bevölkerungsdichten erfordern hier neue Überlegungen zur Auslastung und Wirtschaftlichkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Dieser Prozess wird verstärkt durch die einerseits zunehmende Privatisierung von Bereichen öffentlicher Daseinsvorsorge und die auf EU-Ministerratebene vereinbarte Liberalisierung der Märkte sowie andererseits durch die Verschlechterung der kommunalen Haushaltslage.

Die gleichwertige Versorgung in allen Teilräumen des Landes kann damit nicht mehr wie bisher sichergestellt werden. Sie erfordert neue Modelle und Organisationsformen, um Chancengleichheit und den erforderlichen öffentlichen Beitrag zur Sicherung der allgemeinen Lebensqualität zu gewährleisten.

Zweifelloos wird die demographische Entwicklung noch mehr zu einem der Schwerpunkte in der politischen Diskussion in den kommenden Jahren werden. Alle Politikfelder werden davon betroffen sein: Neben der Landes- und Regionalplanung die sozialen Sicherungssysteme, die Bildungs- und Weiterbildungspolitik, die Beschäftigungspolitik, die Finanzpolitik, die Familienpolitik, die Zuwanderungspolitik usw.

Ausblick

Die rheinland-pfälzischen Statistiker können und wollen im Rahmen eines „Volkswirtschaftlichen Controllings“ Basisdaten zu diesem schwierigen Steuerungsprozess beitragen.

Nach dem vorgelegten Band I ist die Weiterentwicklung regionalisierter Analysen ein Hauptarbeitsfeld für die nächsten Jahre. Im Mittelpunkt werden hierbei vertiefte Schüler-, Haushalte-, Wohnungsbedarfs- und Erwerbspersonenprojektionen stehen; dies als Grundlage der von der Landesregierung initiierten Untersuchungen zu unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung.

Die „unmittelbaren“ Auswirkungen (als Band II geplant) sind recht gut zu beschreiben. Wenn die Zahl der Kindergartenkinder abnimmt, wenn die Zahl der Grundschüler sinkt, dann sind die unmittelbaren Auswirkungen in Bezug auf die benötigten Kindergärten und Schulen offensichtlich. Ebenso werden Beziehungen zwischen der Anzahl der Haushalte und dem künftigen Wohnungsbedarf abgeleitet werden können. Auch hinsichtlich der Nachfrage bei Gewerbebetrieben – Fri-

1) Statement von Staatsminister Zuber anlässlich der Pressekonferenz „Demographische Entwicklung in Rheinland-Pfalz“ am 12. Dezember 2002 in Mainz.

seuren, Bäckern, Gaststätten etc. – ist eine unmittelbare Wirkung durch eine um etwa 1 Mill. Menschen kleinere Bevölkerung verständlich. In umgekehrter Weise werden mehr Altenheimplätze und Krankenhausbetten durch die zunehmend älter werdende Bevölkerung nachgefragt.

Die Beschreibung der „mittelbaren“ Auswirkungen (als Band III vorgesehen) erfordert Erkenntnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und damit besonders auch zur Einschätzung der Exportchancen,

zur Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Menschen, zur Einkommensentwicklung, zur Steuerentwicklung und zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte allgemein. Wegen der Interdependenzen dieser Untersuchungsgegenstände ist hierzu eine intensive Forschungsarbeit aufzunehmen, die in engem Zusammenwirken mit allen politisch Zuständigen in Staat, Kommunen und Gesellschaft, namentlich auch mit der Landesplanung, mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) und mit der Wissenschaft – interdisziplinär – erfolgen muss. □